

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895

18.1.1895 (No. 18)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 18. Januar.

№ 18.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 17. Januar.

Der Kongress ist heute Mittag in Versailles zusammengetreten, um an Stelle des freiwillig von seinem Amte scheidenden Casimir-Perier der französischen Republik einen neuen Präsidenten zu geben. Bis zur Stunde ist das Ergebnis der Wahl nicht bekannt und es wäre ein müßiges Beginnen, die Aussichten aller in Betracht kommenden Präsidentschaftskandidaten in einem Augenblicke zu erörtern, in welchem wohl bereits über die Personenfrage endgiltig entschieden worden ist. Die französischen Kammern, welche heute zur Ausübung ihres höchsten Rechtes berufen sind, stehen vor einer folgenreichen Entscheidung, von deren Gestaltung der innere Friede des Landes und die Ruhe Europas abhängig ist. Die Zerfahrenheit im Regierungslager, der Fanatismus der Gegner der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und das Mißtrauen weiter Volkstheile in die Ehrlichkeit der Volksvertretung — das alles erscheint wenig geeignet, die weitere Entwicklung der Dinge in Frankreich in hoffnungsvoller Beleuchtung zu rücken. Wo die besten Absichten der Regierung an der Verblendung und Willkür der Parteien scheitern und Ministerien zwischen Frühstück und Mittagessen gestürzt werden, weil parlamentarische Größen das Bedürfnis empfinden, die Regierenden ihre Macht fühlen zu lassen oder sich an ihre Stelle zu setzen, da ist eine folgerichtige, ruhige Entwicklung der Staatsverwaltung ausgeschlossen. Daß eine solche zersetzende Staatsweise dem Sozialismus die Wege bahnen muß, ist offenkundig. Der Kampf der sozialistischen Partei gegen die bürgerliche Gesellschaft nimmt überhaupt täglich bestigere Formen an. Kein Tag vergeht, wo nicht die Kollektivisten und ihre Bundesgenossen in der Presse und durch öffentliche Manifeste Stände zu erregen versuchen und Schmähungen gegen alle Staatsgewalten schleudern. So beschuldigte der Abgeordnete Rouanet vor wenigen Tagen in einem Artikel der „Petite République Française“ und im Palais Bourbon anlässlich der Einbringung eines Amendements zum Budget der Ehrenlegion die ganze Kammer in der bestigsten Weise der Unehrlichkeit und zwang dadurch den Kammerpräsidenten, Herrn Brisson, ihn, gleich seinem Genossen, Herrn Jaurès, für eine Zeit von den Kammer-Sitzungen auszuschließen. Die Taktik der Sozialisten läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Da sie sehen, daß die Kammermehrheit nicht geneigt ist, das Land bedingungslos ihren doktrinarischen Experimenten auszuliefern, so bemühen sie sich mit allen Mitteln, den Boden für einen revolutionären Umschwung vorzubereiten. Die Maßlosigkeit ihrer Sprache in der Presse sowohl wie in der Kammer zeigt klar, daß sie, anstatt ihre Hand zur Durchführung nützlicher und praktischer Reformen zu bieten, einzig und allein das angebotene Ziel anstreben. Es handelt sich ihnen zunächst darum, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung zu diskreditieren, zu welchem Zwecke ihnen die Schmähung und die Verhinderung jeder nützlichen Thätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften am ersprießlichsten erscheinen. Durch die Skrupellosigkeit in der Auswahl ihrer Kampfmittel hoffen sie, alle politischen Verhältnisse in eine derartige Verwirrung zu bringen, daß das Land für ihre sozialen Umsturzpläne empfänglicher wird. Sie gleichen darin vollständig den Boulangeristen, deren Reste sich denn auch hauptsächlich zu den Sozialisten geschlagen haben. Dieser Neo-Boulangerismus hat zwar nicht, wie der alte, einen weithin sichtbaren Chef, aber er arbeitet mit denselben Schlagworten, derselben Leidenschaft, demselben Hass, wie der frühere, und um gerecht zu sein, muß man auch sagen, daß er durch die gleichen Fehler der Politik der republikanischen Konzentration genährt wird, wozu hauptsächlich das Verkennen der jeder Regierung unerlässlichen Grundprinzipien und ihre Schwäche gegenüber den radikalen Parteien und einer zügellosen Presse gehören. Herr Casimir-Perier und Herr Dupuy hatten sich die schwierige Aufgabe gesetzt, die Autorität der Staatsgewalt wieder zu heben und jene Regierungsmaximen wieder zu beleben, deren Vernachlässigung hauptsächlich die gegenwärtige Verwirrung verursacht hat. Dieses Unternehmen konnte auch gelingen, wenn die Kammermajorität der Regierung volles Vertrauen entgegenbrachte. Man erinnere sich doch daran, daß im Jahre 1889 der Boulangerismus nur durch den festen Zusammenschluß zwischen Regierung und Kammer besiegt wurde, und nicht anders könnte der heutige Radikalismus überwunden werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Januar.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

Abg. Pachnicke (freis. V.) führt aus: Der Organisation des

Handwerks an sich siehe die Partei nicht schroff ablehnend gegenüber; sie verspreche sich aber nicht viel davon. Damit schafft man keinen goldenen Boden, nicht einmal einen silbernen. Das Handwerk geht infolge der Entwicklung der Großindustrie zurück. Obligatorische Innungen wollen wir nicht; das will auch das deutsche Handwerk nicht. Den Innungen gehören zusammen nur 21 000 Menschen an, von denen ein großer Theil denselben nicht aus vollem Herzen angehöret. Redner bekämpft den Befähigungsnachweis, namentlich von dem Gesichtspunkte aus, daß eine Abgrenzung des Handwerks gar nicht mehr möglich sei.

Abg. Reiffers (Soz.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokraten schon seit 30 Jahren an der Organisation des deutschen Handwerks, und zwar bei allen von Seiten der Behörden in den Weg gelegten Schwierigkeiten, mit großem Erfolge arbeiten. Die geringe Theilnahme an den Innungen beweise, daß die Leute keinen Sinn für die Organisation haben. Da ist ihnen auch nicht mit obligatorischen Handwerkerkammern und Befähigungsnachweis zu helfen. Die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen früher die Innungen bestanden, sind eben nicht mehr vorhanden. Die Mißere der Lehrlingszählerei sei nicht eine Folge der Gewerbesteuer, sondern der ganzen modernen Entwicklung. Daß die geplagten Handelskammern hier etwas nützen, verneint er. Keineswegs wünschen wir den Untergang des Handwerks herbeizuführen. Wir sagen dem Handwerker nur, wie es um das Handwerk steht und daß es nichts mehr zu erwarten hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vierck (konf.) spricht seine Freude aus, daß die Nationalliberalen mit den Konservativen in dieser Frage vereint gehen, sowie über das von der Regierung verhängene Verbot Redner stellt als unabänderliche Hauptforderung hin obligatorische Organisation und Befähigungsnachweis. Kein Kampf für Religion, Sitte und Ordnung ist möglich, wenn nicht dem Handwerk geholfen wird. Wenn die Männer des neuen Kurzes der Handwertschaft und dem Handwerk bei der jetzigen Nothlage helfen wollen, wie wir vorklagen, so werde sie diese um so fester vereinen, daß die Wilden der Revolution sie nicht zerreißen können. (Beifall rechts.) Dierauf wird die Diskussion vertagt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Zweite Beratung des Jesuitengesetzes und erste Beratung der Justiz-gesetze.

Deutschland.

— Unter den Ausgaben, welche die gewerblichen Berufsgenossenschaften in ihren jährlichen Rechnungsergebnissen zu verzeichnen haben, nimmt der Posten, der sich auf die Unfallverhütung bezieht, von Jahr zu Jahr einen größeren Umfang an. Er ist für das Jahr 1893 bereits auf über eine halbe Million gestiegen. Den bei weitem größten Theil nehmen davon natürlich die Kosten in Anspruch, welche durch die Ueberwachung der Betriebe hervorgerufen werden, indessen auch die Prämien für Rettung Verunglückter und für Abwendung von Unglücksfällen u. s. w. belaufen sich gegenwärtig schon auf eine ganz beträchtliche Summe. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften haben zwar durch ihre auf die Unfallverhütung gerichtete Thätigkeit eine Verringerung der Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle insgesamt nicht herbeigeführt. Die Ursachen, welche dies verhindert haben, sind recht mannigfaltig und verschiedener Natur. Immerhin haben die gewerblichen Berufsgenossenschaften es erreicht, daß die Zahl der schweren Unfälle, d. h. derjenigen, welche den Tod oder dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit im Gefolge haben, von Jahr zu Jahr prozentual sich verringert hat. Auch das ist schon ein Erfolg, der die aufgewendeten Kosten reichlich aufwiegt.

Berlin, 17. Jan. (Tel.) Auf der gestrigen Soirée beim Reichskanzler Fürsten von Soltzenlohe waren anwesend alle Minister, die Staatssekretäre, Mitglieder des Reichstags, des Landtags und des Herrenhauses aller Parteien, sowie dieselben ihre Karten abzugeben hatten und zahlreiche Vertreter der Presse, insgesamt 400 Personen. Der Reichskanzler unterhielt sich sehr lebhaft mit seinen Gästen, und zwar wurden hauptsächlich die Pariser Vorgänge besprochen. Unter den Anwesenden befanden sich auch mehrere Ritter des Schwarzen Adlerordens, welche zum Kapitale hier eingetroffen sind, so u. A. die Votschakter v. Wedder und Graf Mänker. Gegen Mitternacht verließen die Anwesenden nach und nach das Kanzlerpalais.

bc. Berlin, 16. Jan. Im Abgeordnetenhaus brachte Finanzminister Miquel den Etat für 1895/96 ein, der die Einnahmen auf 1 865, die dauernden Ausgaben auf 1 837, die einmaligen und außerordentlichen auf 62 Millionen, die gesammten Ausgaben auf 1 899 Millionen Mark veranschlagt. Der Fehlbetrag von 34 Millionen — gegen das laufende Jahr um 22 Millionen geringer — ist durch Anleihe zu decken. Wenn der gegenwärtige Etat — so fährt der Minister aus — gegen die früheren wesentlich umgestaltet sei, so ergebe sich das aus den Folgen der Steuerreform und der Umgestaltung der Eisenbahnverwaltung. Die Durchführung der Steuerreform werde demnach eine Vereinfachung des ganzen Staatskassenystems mit sich bringen. Das Verhältnis des vorgelegten zu dem laufenden Etat beweise zahlenmäßig, daß der Vorwurf, die Steuerreform sei nur der Deckmantel für eine Steuervermehrung gewesen, hin-

fällig sei; die Entlastung an Staatssteuern im Betrage von 40 Millionen Mark werde vom 1. April an den Steuerzahlern zugute kommen. Der Minister stellte fest, daß auch die neue Gewerbesteuer die notwendige Progression nach oben, statt der bisherigen nach unten, schaffe, und dann die Entlastung der Minderbemittelten gefördert werde. Die Gemeinden sollten die gegenwärtig eingeleitete Reform ihres Steuerwesens, die ihnen hohe Einnahmen bringe, dazu benutzen, die Selbstverwaltung zu verstärken. Nachdem der Minister den sich ergebenden Fehlbetrag des Etats benutzt hat, um für die Nothwendigkeit der Reichssteuerreform und für die Tabakfabriksteuer ein eindringliches Wort einzulegen, ging er die Etats der einzelnen Ministerien durch. Die mehr links stehende Presse, die wohl auf allen Gebieten Forderungen nach Reformen aufstelle, habe immer nur ein einfaches kaltes Nein, sobald die Mittel dazu verlangt würden.

Berlin, 16. Jan. Dem Herrenhause ist der Entwurf über die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten zugegangen. Darnach sollen die Provinzialverbände und die diesen entsprechenden Kommunalverbände sowie der Stadtkreis Berlin beschließen können, für die an Seuchen und anderen Krankheiten gefallenen Schweine oder für getödtete Schweine, die sich als mit einer Seuche oder einer andern Krankheit behaftet erweisen, eine Entschädigung zu gewähren, die nicht weniger als die Hälfte und nicht mehr als $\frac{2}{3}$ des Wertes des Schweines betragen darf.

bc. Berlin, 16. Jan. Vor einiger Zeit brachten verschiedene Zeitungen Betrachtungen über den Umfang der im preussischen Staate vorhandenen Familienfideikommissen und erwähnten dabei einer neuerdings gefertigten amtlichen Uebersicht des fideikommissarischen Besitzes. Auf Grund der von den Oberlandesgerichten provinzweise aufgestellten Nachforschungen, in denen die einzelnen fideikommissen nach Gesamtflächeninhalt und Grundsteuer-Reinertrag ohne Trennung der verschiedenen Kulturarten (Acker, Wiesen, Weiden, Waldungen u.) aufgeführt sind, ist nunmehr eine Gesamtübersicht der im Preußen belegenen fideikommissen unter Vergleichung mit den nachbaren Liegenschaften überhaupt zusammengestellt worden, aus der sich ergibt, daß den gesammten nachbaren Liegenschaften Preußens von 33 183 861 ha mit 445 193 075 M. Grundsteuer-Reinertrag Familienfideikommissen in einer Gesamtgröße von 1 835 521 ha mit 22 661 935 M. Grundsteuer-Reinertrag gegenüber stehen, die nach Flächeninhalt 5,54 Proz., nach Grundsteuer-Reinertrag 5,09 Proz. der gesammten nachbaren Liegenschaften ausmachen. Bei den einzelnen Provinzen schwankt das Verhältniß der fideikommissen zu den nachbaren Liegenschaften insgesamt zwischen 2,08 bis 11,59 Proz. des Flächeninhaltes und 1,52 bis 9,82 Proz. des Grundsteuer-Reinertrags. Darnach dürfte im allgemeinen die bisherige Ausdehnung des fideikommissarischen Grundbesitzes um so weniger Anlaß zu Bedenken geben, als in der angeführten Gesamtübersicht sehr bedeutende Waldflächen enthalten sind und die fideikommissarische Festlegung des Waldes gewiß am allerwenigsten zu beanstanden ist.

Nürnberg, 17. Jan. (Tel.) Nach verschiedenen Blättermeldungen hat Bezirksamtmann Ball, welcher bei der Fuchsmühlers Affaire betheiltigt war, seine Entlassung eingereicht.

Stuttgart, 16. Jan. Die leghin erwähnte starke landwirthschaftliche Unterströmung hat zwei neue bemerkenswerthe Belegeliefert. Im Oberamt Böblingen hat Landgerichtsrath Dr. Elsässer in Stuttgart seine Kandidatur zurückgezogen, weil sie keine genügende Unterstützung im Bezirk fand, und die deutsche und die konservative Partei haben daraufhin das Mandat dem Gutspächter Dr. Krauß auf dem Ammerhof angetragen, der einer der wenigen entschiedenen Parteigänger des „Bundes der Landwirthe“ ist. Dr. Krauß hat angenommen. Und im Oberamt Geislingen ist der Sitz des Kammerpräsidenten v. Hohl nicht bloß vom Centrum, sondern auch von den Sympathien stark bedroht, die ein zweiter Wortführer der agrarischen Bewegung, Gutspächter Schmid vom Christophshof, bei der Bauernschaft findet, obwohl er erklärt hat, gegen v. Hohl nicht aufzutreten (wohl aber eine ohne sein Zutun auf ihn fallende Wahl anzunehmen). Präsident v. Hohl, der angesichts dieser Sachlage nahe daran war, von der Kandidatur zurückzutreten, hat sich genöthigt gesehen, für den Antrag Krauß in soweit einzutreten, daß er bei der Württembergischen Staatsregierung „eine eingehende und gewissenhafte Prüfung desselben zum Zweck einer entsprechenden Stellungnahme im Bundesrath“ anregen will.

Oesterreich-Ungarn.

OM. Von einer den ungarischen Regierungskreisen nahestehenden Seite wird geschrieben: „Wenn die Zusammenfügung des Cabinets Banffy manche nicht befriedigt, so ist dies auf die ganze gegenwärtige Lage und deren Ungewißheit zurückzuführen. Eine Folge dieser Umstände ist es auch, daß die Persönlichkeiten, welche Portefeuille in diesem Ministerium übernehmen, damit ein Opfer bringen, für das sie nur geringe Anerkennung finden. Wenn man jedoch so weit geht, dem Cabinet eine sehr kurze Lebensdauer vorherzusagen und

(Mit einer Beilage.)

ihm gleichsam nur eine Gnadenfrist von mehreren Monaten zu gewähren, so ist das sehr gewagt. Denn es steht fest, daß die parlamentarische Situation nicht leicht eine derartige Veränderung erfahren wird, welche den Weiterbestand des neuen Ministeriums zu etwas Ueberflüssigem oder gar Unmöglichem machen würde. Darüber ist sich auch die Opposition im Klaren, die sehr gut weiß, daß sie allein eine Regierung nicht zu bilden vermag, und da sie sich der Eventualität der Reichstagsauflösung nicht gerne aussetzen möchte, so ist nicht anzunehmen, daß sie die Verhältnisse zu einem solchen Extrem drängen werde, welches gewaltfam eine Krise herbeiführen könnte. Der neue Ministerpräsident, Baron Banffy, wird in seinem Auftreten gewiß weder den Unwillen Einzelner, noch denjenigen ganzer Parteigruppen herausfordern. Dagegen muß man mit der Festigkeit seines Wesens rechnen; er ist ein Mann von energischem, jähem Charakter, der auf einer exponierten Stelle Stürmen nicht leicht nachgeben wird, und was seine tatsächliche Geschicklichkeit betrifft, können sich nur wenige mit ihm messen. Was die liberale Partei betrifft, wird sie ihre eigene Position und die Interessen des Landes keineswegs durch die Kritik der Einzelnen und durch geringe Werthschätzung der Bedeutung derselben kompromittiren lassen, sondern in fester Ausdauer verharren."

Frankreich.

Das Demissions schreiben des Präsidenten Perier wurde gestern Nachmittag im Senate und in der Kammer verlesen. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

"Ich habe mir niemals die Schwierigkeiten der mir von der Nationalversammlung übertragenen Aufgaben verhehlt. Ich habe sie vorausgesehen. Wenn man im Augenblick der Gefahr einen Posten nicht ausschlägt, so bewahrt man seine Würde nur bei der Ueberzeugung, seinem Vaterlande zu dienen. Die von Wittern der Aktion und Kontrolle entblößte Präsidentschaft der Republik kann allein aus dem Vertrauen der Nation die Kraft schöpfen, ohne welche sie nichts ist. Ich zweifle weder an dem guten Willen noch an der Gerechtigkeit Frankreichs. Man hat es jedoch erreicht, die öffentliche Meinung mehr als 20 Jahre hindurch irre zu führen. Ich habe mich bemüht, alle Republikaner von der Wärme und Aufrichtigkeit meines politischen Glaubens zu überzeugen, die Gegner zu belehren, welche glauben oder zu glauben vorgehen, daß ich mich zum Verleugung ihrer Leidenschaft und ihrer Hoffnungen machen werde. Seit einem halben Jahre lobt der Verleumdungs- und Beschönigungs-Kampf gegen Herr, Behörden und Parlament. Die Achtung und der Ehrgeiz, welche ich für mein Vaterland hege, gestatten mir nicht, zuzugeben, daß jeden Tag die besten Diener des Vaterlandes und derjenige, welcher es in den Augen der Welt vertritt, beleidigt werden. Ich beugte mich nicht, dabei das Gewicht der auf mich lastenden moralischen Verantwortlichkeit mit der Machtlosigkeit, zu der ich verdammt bin, zu vergleichen. Vielleicht werde ich verstanden werden. Vielleicht habe ich, indem ich mein Amt niederlege, denjenigen die Aufgabe vorgezeichnet, welchen die Sorge für die Würde, die Macht und den guten Ruf Frankreichs in der Welt obliegt. Unveränderlich mir selbst getreu, bleibe ich überzeugt, daß die Reformen nur unter der thätigen Mitwirkung einer Regierung erreicht werden, welche entschlossen ist, die Achtung vor dem Geseze zu sichern, sich den Gehorsam der Untergebenen zu verschaffen und sie alle in gemeinsamer Arbeit an dem gemeinsamen Werke zu sammeln. Ich glaube trotz der Kümmerlichkeit der gegenwärtigen Zustände an eine Zukunft des Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit. Ich lege auf das Bureau der Kammer und des Senats meine Demission nieder als Präsident der Republik. g. Perier."

Der Entschluß des Präsidenten Casimir Perier zum Rücktritt war, wie verlautet, durch häusliche Einklässe unterstützt worden. Man erinnert sich, daß bei der Wahl seine Gattin die Annahme ablehnte, seine Mutter aber durch den Hinweis auf die Familientradition dieselbe entschied. Neuerdings soll infolge der unausgesetzten schmerzigen Angriffe gegen das Staatsoberhaupt, sowie der häufigen Drohungen gegen seine heranwachsenden Kinder die alte Frau ihren damaligen Rath bereut und den Gedanken des Rücktritts befürwortet haben. Den Ausschlag hatte indessen der Anfall der Kammerführung von vorgestern, das Drängen auf eine Anklage gegen den ehemaligen Vauvenminister Raynal wegen der Eisenbahnverträge von 1883 und besonders die Ueberführung der Abstimmungen, aus der das Staatsoberhaupt erlah, wie viele von denen, die ihm vor sieben Monaten die Annahme der Wahl inständig empfohlen hatten, nun den sozialistischen Antrag unterstützt hatten. Man erinnert sich, daß die viel umstrittenen Verträge unter dem Kabinett Jules Ferry zu Stande kamen. Challemeil-Lacour war Minister des Auswärtigen, Waldeck-Rousseau hatte das Innere, Raynal das Arbeitsportefeuille und Balhaut, der spätere Minister und heute der Bekanntheit überführte Gefangene, war dessen Unterstaatssekretär. Casimir Perier war Unterstaatssekretär im Kriegsministerium. Im vorigen Jahre war Raynal unter Perier Minister des Innern. Er zählt zu den Vertrauensmännern des heutigen Staatsoberhauptes. In der Besprechung vom Montag soll Challemeil-Lacour, der Senatspräsident, die Lage dahin zusammengefaßt haben, es sei nur die Wahl zwischen einem radikalen Kabinett Brisson und einem krassen Kabinett Waldeck-Rousseau möglich, das mit Unterstützung des Senates das Parlament auflösen werde. Ein Ministerium Bourgeois schiene ihm, wie auch dem Präsidenten Casimir Perier, augenblicklich ausgeschlossen. Darauf hätte sich dann Casimir Perier zum Rücktritt entschlossen.

Die Melde-Reiter- Detachements.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags kam u. a. die weitere Centralisirung des Meldewesens zur Sprache, welche die Anstellung von weiteren 30 denonstrieren Offizieren, davon 15 als Vorkommandanten von Melde-Reiter- Detachements im Kriege auszuweisen, das rauchlose Pulver mache eine Ausdehnung des Meldewesens besonders nöthig. Die Bildung besonderer Melde-Reiter- Detachements sei umso mehr Pflicht der Militärverwaltung, als diese Melde-Reiter eine spezielle Ausbildung erfordern. Diese Organisation falle aus dem Rahmen der Kavallerie heraus, da auch ihre Ausrüstung eine ganz andere sei. Abg. Dr. Schädeler (Centrum) ist der Ansicht, man müsse die Melde-Reiter in Verbindung mit dem Fahrradwesen bringen. General v. Falkenhause: Der Versuch mit den Fahrrädern sei bereits abgeschlossen, der Versuch mit den Melde-Reitern aber müsse erst gründlich gemacht werden.

Abg. v. Massow (lk.) schließt sich dieser Auffassung an. Die Melde-Reiter- Detachements seien in keinem Verhältnis zu dem Nutzen, den die Detachements bringen. Abg. Richter: Man könne dem Gedanken sympathisch gegenüberstehen, aber doch dagegen sein, daß innerhalb der fünf Jahre eine wesentliche Aenderung eingeführt werde. Man möge es aber bei dem Bisherigen belassen. Abg. Dr. Lieber (Centr.) tritt in längerer Ausführung für diese Forderung ein; die Armee müsse kriegerisch erhalten werden. Er sei seiner Zeit Gegner der Militärvorlage gewesen, aber nachdem dieselbe einmal gebilligt worden, müsse man auch bewilligen, was absolut notwendig erscheine. Dem Fortschritt der Waffentechnik müsse auch Rechnung getragen werden. Die drei Detachements seien daher zu bewilligen, ein Abstrich an dieser Stelle wäre kaum zu verantworten. Abg. Müller (Dortmund, nl.) hält ebenfalls einen erfolgreichen Versuch nur mit der geforderten Reorganisation für möglich; es handle sich zunächst nur um einen Versuch mit drei Detachements; bei späteren Anforderungen werde zu prüfen sein, ob sie mit der Finanzlage in Einklang zu bringen seien. Abg. Richter bleibt dabei, daß die Melde-Reiter- Detachements durch Reduktion der Kavallerie geschaffen werden können. Kriegsminister v. Bronsart: Unsere Kavallerie sei dazu nicht stark genug, es könne von ihr kein Mann und kein Pferd abgegeben werden. Auch sein verehrter Freund, der frühere Reichskanzler Graf v. Caprivi, habe sich für die Melde-Reiter- Detachements ausgesprochen. Mit der Einrichtung der weittragenden Geschosse sei die Kriegsführung eine ganz andere geworden. Die menschliche Stimme reiche nicht mehr aus. Im Kriege seien die Ordnungsoffiziere; die Melde-Reiter- Detachements seien daher unbedingt notwendig; um die Kommandos zu vermitteln. Die Armee, die das Vaterland schütze, müsse kriegerisch erhalten bleiben, deswegen bitte er, das unumgänglich Notwendige zu bewilligen; sonst könne die Armee die hohe Aufgabe nicht erfüllen. Es handle sich nicht um eine theoretische Spekulation, vielmehr um eine zwingende Forderung, welche auf den Erfordernissen des letzten Krieges beruhe. Abg. Müller-Sagan (fr. Bg.) will den Versuch als wünschenswerth gelten lassen, aber nur im Rahmen der bisher bestehenden Organisation ausgeführt wissen. Abg. Bebel (Soz.): Die Kavallerie würde in einem demnächstigen Kriege eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Also könne man die Melde-Reiter sehr wohl der Kavallerie entnehmen. — Bei der Abstimmung wird die Mehrforderung für die Reorganisation von Melde-Reiter- Detachements gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen angenommen. Von den Freisinnigen stimmt Abg. Dr. Pachtke für die Postion.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 17. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Früh den Vortrag des Geheimraths Eisenlohr entgegen und empfing darauf den Herrn Compans-Ternaux aus Paris. Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit den Vortrag des Legationsraths Dr. Freyerrn von Babo. Im Laufe des Nachmittags traf Ihre Durchlaucht die Prinzessin Amélie zu Fürstberg zum Besuch der Großherzoglichen Herrschaften hier ein.

Zwischen den Bevollmächtigten der fünf Bodenseeuferstaaten sind im Juni vorigen Jahres in Regens neue Verträge über die Beförderung von gefährlichen Stoffen, insbesondere Sprengstoffen, sonstigen feuergefährlichen, ätzenden und giftigen Stoffen vereinbart worden. Nachdem sie nunmehr die Genehmigung sämtlicher beteiligten Regierungen erhalten haben, werden die neuen Vorschriften — die demnach im Gesezes- und Verordnungsblatt zur Veröffentlichung gelangen — am 1. Februar d. J. in Kraft treten. Dabei wird auf Grund jener Vereinbarungen der Begriff der Segelschiffe, auf welche die für den Bodensee erlassenen Vorschriften Anwendung finden, näher erläutert. Anstände hatten sich namentlich darüber ergeben, wie sich die den Vergnügungs- und Sportzwecken dienenden Segelboote (Segelachteln) beim Ausweichen in der Nähe von Dampfschiffen zu verhalten haben. Dabei wird auch die Bestimmung über die abzugebenden Erkennungssignale im Anschlusse an die seitherige Uebung neu geregelt und festgesetzt werden, daß die Kursänderungssignale nur fakultativ, wenn dazu ein Anlaß vorliegt, gegeben werden müssen. Auf den gleichen Zeitpunkt wird eine Anzahl von Abänderungen der Schiffsverkehrsordnung für den Untersee und den Rhein zwischen Konstanz und Schaffhausen aus dem Jahre 1867, wie sie schon größtentheils im Mai 1893 zwischen Bevollmächtigten Badens und der Schweiz vereinbart worden sind, in Kraft treten. Die betreffenden Aenderungen schließen sich in ihrem Inhalt wesentlich den für den Bodensee neu vereinbarten Vorschriften über die Schiffsverkehrsregeln, Schiffsuntersuchung und Beförderung gefährlicher Stoffe an.

Bei der am Sonntag den 13. dieses Monats auf der Strecke zwischen Heideelsheim und Bruchsal eingetretene Entgleisung des Zuges 23 kamen keine Verletzungen von Reisenden oder Bedienten vor. Entgleist waren sämtliche Wagen des Zuges, sowie der Tender, während die Lokomotive selbst auf den Schienen verblieb. Der Zug war mit Luftdruckbremse System Westinghouse ausgerüstet. Bei der Entgleisung wurde an einem Gasbehälter eines Personewagens, vermutlich durch Aufschlagen einer losgelassenen Schiene oder Schwelle, ein großes Loch eingeschlagen und entzündete sich hierbei das ausströmende Gas, wodurch die Verkleidung des Dampfleitungsrohrs dieses Wagens leicht gesenkt wurde. Sonst waren weder an diesem, noch an einem der anderen Wagen irgendwelche Brandspuren wahrnehmbar. Die Ursache der Entgleisung konnte bis jetzt nicht ermittelt werden.

Die Verkehrsstörungen auf den Bahnstrecken Mailand-Novi-Genova, Alessandria-Novi, Acqui-Genova und Turin-Genova sind wieder beseitigt. Die Strecke Turin-Savona ist zwischen Ceva und Savona noch unterbrochen.

(Zahlreiche Masernerkrankungen), welche in letzter Zeit in dieser Stadt vorkamen, veranlassen das Großbezirksamt zur Bekanntgabe der von Seiten des Großbezirksbezirks abgegebenen Belehrung über die Masernerkrankung und bestimmt ferner, daß solche Kinder, die ein Zeichen darbieten, welches Verdacht auf Masernerkrankung gibt, sofort aus der Schule fern zu halten und darauf zu achten, daß Kinder, die wegen Masernerkrankung den Schulbesuch aufgeben mußten, die Schule nicht vor Ablauf von 3 Wochen wieder besuchen. Zuweilen handelnde werden Bestrafungen zu gewärtigen haben.

(Der Verband bad Geselligkeitsvereine) und Geselligkeitsvereine hält am nächsten Sonntag, 24. Januar, in Offenburg den ersten Verbandstag ab.

(Vortrag) Am Sonntag den 20. Januar, Abends 8 Uhr, wird Herrarrer Desselbacher von Weingarten im Saale des Hotel Monopol hier einen Vortrag über „Antoine Court, der Prediger der Kirche der Wälder“, halten, wozu die Mitglieder des Evangelischen Bundes nebst Familienangehörigen eingeladen sind. Es dürfen auch Gäste eingeführt werden. Nach dem Vortrage findet musikalische Unterhaltung statt.

(Schießübung) Das für Donnerstag den 17. d. M. auf dem Forchheimer Exerzierplatz angelegte Schießen des 2. Bataillons des 1. Badischen Leibgrenadierregiments findet nicht statt.

(Schwurgericht) In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsraths Oster gegen den schon 40mal vorbestraften 32 Jahre alten Schuttmacher Frank aus Dornheim wegen Verbrechen gegen § 176 R. St. G. B. und gegen den 27 Jahre alten Landwirth Gottlob Jaßle aus Wieden wegen Verbrechen verhandelt. Die Anklage führte Herr Staatsanwalt Jolly, die Verteidigung führten die Herren Rechtsanwälte Dr. Haas und Bielefeld. Frank wurde in geheimer Sitzung zu 1 1/2 Jahr Zuchthaus verurtheilt, der Mitangeklagte freigesprochen. — Heute Vormittag wurde unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsraths Därr die Anklage gegen den Redakteur Gustav Stern und dessen Sohn, den Studirenden der Theologie, Jonathan Stern, wegen Vergehens gegen § 166, öffentliche Beleidigung der katholischen Kirche und deren Institutionen, verhandelt. Als öffentlicher Ankläger fungierte Herr Ecker Staatsanwalt Gruber, als Verteidiger Herr Rechtsanwalt Dr. Schöpfle. Die Anklage geht dahin, daß dieselben in gemeinschaftlicher Ausführung durch Aufnahme des Leitartikels „Aus einer Predigt von Pastor Idel“ in die Nummer 40 vom vorigen Jahre des hier erscheinenden „Reichsgottesboten“ die katholische Kirche und ihre Einrichtungen, insbesondere die katholische Messe öffentlich beschimpft zu haben, indem Gustav Stern seinen Sohn beauftragte, den Abdruck aus der Predigt des Pastors Idel in dem Volksblatt „Der Bürger aus Sachsen“ mit einigen Abfärbungen in dem „Reichsgottesboten“ zu veröffentlichen und der Sohn diesem Antrag entsprach. Das Blatt erscheint, wie die heutige Verhandlung ergab, im Verlag des Vereins für innere Mission und wird seit ca. 20 Jahren von Gustav Stern, der früherer Lehrer, später englischer Missionar auf Malta war, redigirt. Der infrimirt Artikel, den der Redakteur Stern wegen einer unaufrichtigen Reise seinem Sohne, der in Erlangen Theologie studirt und während der Ferien im elterlichen Hause weilte, zur Redaktion übergeben, steht auf dem positiv christlichen Standpunkt, ergeht sich aber in einer Reihe von verlegenden Angriffen auf die evangelische wie die katholische Kirche. So heißt es u. a.: „Die Kirche müsse Buße thun für all die schweren Sünden, die sie an der Volkseele begangen“ — sie sei ein Dieb und ein Räuber gewesen“ etc. In besonders scharfen und wie die Anklage betont, „beschimpfenden“ Aeußerungen wendet sich der Artikel gegen die katholische Kirche und deren Einrichtungen, wie z. B. das Messelben ein Sündenbündel genannt wird. Der Angeklagte Stern, Vater, erklärt, den Artikel nicht genügend geprüft zu haben, wobei er auch der Ueberzeugung gewesen, daß der „Bürger aus Sachsen“ nicht strafbare Artikel aufnehmen werde. Es ist zu bemerken, daß Pastor Idel wegen dieses Artikels, der in erweiterter Form als Broschüre erschienen, zu acht Tagen Gefängnis verurtheilt worden ist. Auch der Angeklagte Jonathan Stern gibt zu, daß er wohl einige Ausdrücke hart gefunden habe. Die nach seiner Meinung schlimmste Stelle hab er auch ausgemerkt. Dazu kommt, daß der „Reichsgottesbote“ einen scharf begrenzten Leserkreis innerhalb der evangelischen Kirche habe, der die Ausdrücke wohl verstanden und keine Beleidigung der katholischen Kirche, die ihnen auch vollständig fern läge, darin gefunden habe. Der Staatsanwalt hält die Anklage in längerer Rede aufrecht, während die Verteidigung auf Freisprechung plädiert, da man es hier lediglich mit einer theologischen Kritik, wie sie sich in oft noch scharferen Ausdrücken in der Belenntnißlehre schon vorfindet, zu thun habe. Die Staatsanwaltschaft betont in der Replik, daß es in einem vorläufigen Staate unmöglich gebildet werden könne, solche beschimpfende Aeußerungen einer andern Kirche straflos zu lassen. Die Geschworenen stellen sich auf die Seite der Beleidigung und verneinen die Schulfrage, worauf der Gerichtshof die Angeklagten von der erhobenen Anklage freisprach. Die Sitzung dauerte bis nach 2 Uhr.

(Kleine Nachrichten aus Karlsruhe.) Außer einigen kleineren Diebstählen meldet der Polizeibericht einen vnerblichen Zimmerbrand und einen Unfall, der einem Schiffer aus Durmersheim dadurch zuzuschreiben, daß er ausglitt und so unglücklich zu Boden stürzte, daß er sich nicht unerheblich verletzte. — Einem Kaufmann in der Kaiserstraße wurde in der Nacht zum 12. d. M. das Firmenbild im Werte von 2 M. losgerissen und entwendet. — Verhaftet wurden: ein Schmied aus Hohenflingen und ein Gipsler aus Raffart wegen Vergehens gegen § 180 des Reichsstrafgesetzbuchs.

(Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.) In Vahr hat sich der „Vahrer Bg.“ zufolge der Bildhauer Johann Eble von Wattenhardt nahe beim Krankenhaus in den Gewerbestraße gestürzt. Der Kanal ist von dort abwärts zu beiden Seiten von Hinterhäusern begrenzt und vielfach zu gewerblichen Zwecken überbaut, so daß Bekannte, die vorher in Eble's Geschäft waren, ihn nicht retten und auch dessen Körper nicht finden konnten. — In Denzlingen geriethen die in einem Hause wohnenden Arbeiter Bies und A. Wolber dem „Doch.“ zufolge wegen eines zwischen beiden schwebenden Prozeßes in heftigen Wortwechsel. Schließlich ging Bies zu Thätlichkeiten über; statt den Wolber traf er jedoch dessen vier Monate altes Kind, welches dieser auf dem Arm trug, und zwar so unglücklich, daß es sofort todt war. Der Thäter ist heute Früh durch die Gendarmerie in Haft genommen worden. — Umweir der Bahnhofsstation Nierewasser wurde dem „Schw.“ zufolge ein mit Schneeschäufeln beschäftigter Arbeiter vom Zug überfahren und war nach ganz kurzer Zeit eine Leiche. — Die Leiche des seit dem 20. Dezember v. J. vermissten Landwirths Tobias Armbruster von Oberwolfach wurde der „Bad. Presse“ zufolge in der Nähe von Wolfach auf dem Eise der Kinzig gefunden. Armbruster ist offenbar verunglückt, indem er, von Wolfach kommend, in der dunkelsten Nacht den Weg verlor, in die Kinzig stürzte und ertrank.

Mannheim, 17. Jan. Vergangene Nacht ist das Eis des Neckars abgetrieben, so daß hier der Strom eisfrei ist. Dagegen steht noch das Eis oberhalb Gerbach, so daß die Schiffsahrt vorläufig nicht aufgenommen werden kann. Rhein und Neckar fließen in starkem Maße. Beide Flüsse sind seit gestern circa

